



Foto: transit/v. Polentz

Die Beschäftigten des Bosch-Siemens-Hausgerätebetriebes, deren Arbeitsplätze durch Schließungsbeschluss auf dem Spiel stehen, starteten einen Protestmarsch bis zur Konzernzentrale in München. Vorher wuschen sie Anfang Oktober auf dem Berliner Breitscheidplatz noch die schmutzige Wäsche der Unternehmensstrategen und fragten, ob demnächst das Waschbrett zurückkommen soll.

AUS DEM INHALT

SEITE 3
Angekommen: Hans-Otto-Büste im Potsdamer Theaterneubau

SEITE 4
AbGEZockt: Weiter Gebührenstreit für beruflich genutzte PC

SEITE 7
Erfolgreich: Jubiläums-Solibasar mit 7000 Euro Spenden

SEITE 16
Jubiläum: Zehn Jahre Babel TV

Zum 1. Januar 2007 sollen die Steuern massiv erhöht werden, allerdings nur für Bürgerinnen und Bürger. Die Konzerne sollen stattdessen milliardenschwer beschenkt werden. Trotzdem kündigen Großunternehmen weitere Massenentlassungen an. Arbeitgeberverbände wollen den Kündigungsschutz verschlechtern und die Mitbestimmung in Unternehmen abschaffen. Das geht besser, halten die Gewerkschaften diesem Szenario entgegen. Aber: Das geht nicht von allein. Auf DGB-Großkundgebungen in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt/Main soll der gemeinsame Wille demonstriert werden, die Politik in eine sozialere Richtung zu zwingen.

Wer für gerecht finanzierte Gesundheit für alle ist, wer für eine anständige Rente eintritt, wer will, dass die Beschäftigten von ihrer Arbeit gut leben können, wer fordert, dass Unternehmen wieder ausbilden und Steuern zahlen, wer dafür ist, dass Arbeitslose in vernünftig bezahlte Arbeit kommen, wer schließlich will, dass Demokratie am Werktor nicht haltmacht, der komme am 21. Oktober zum Aktionstag der Gewerkschaften! Demoauftritt ist 11 Uhr am Roten Rathaus. Die DGB-Kundgebung beginnt um 12 Uhr am Brandenburger Tor, ab 13 Uhr sprechen Frank Bsirske und Dieter Scholz. **red.**

ABER NICHT VON ALLEIN!

Aktionstag der Gewerkschaften für soziale Erneuerung am 21.10.

Es geht besser in Deutschland, davon sind mit Blick auf das erste Jahr Rot-Schwarz viele überzeugt. Die angekündigten Reformen lösen die Probleme unseres Landes nicht, meinen aber die Gewerkschaften. Millionen Menschen werden für diese unsoziale Politik teuer bezahlen – wenn sie nicht besser wird. Die Regierenden daran zu erinnern, in wessen Auftrag sie in ihren Ministersesseln sitzen, rufen DGB und Einzelgewerkschaften wie ver.di ihre Mitglieder und alle Betroffenen zu einem landesweiten Aktionstag am 21. Oktober.

Das sind die Probleme, um die es gehen soll: „Gesundheitsreform“, Rente mit 67, Mehrwertsteuererhöhung und Unterneh-

menssteuersenkung, Verschlechterungen bei Kündigungsschutz und Hartz IV.

Mit dem Gesundheitsfonds drohen den gesetzlich Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Pri-

vatversicherungen bleiben feindraußen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden schon mit 50 aufs Abstellgleis geschoben. Deshalb ist Rente mit 67 keine Lösung, sondern nur ein schlecht verpacktes Rentenkürzungssystem. Außerdem: Null-

runden für die Rentnerinnen und Rentner bringen ihnen schon jetzt reale Einbußen.

Millionen Menschen wollen zu anständigen Bedingungen arbeiten. Doch Arbeitsplätze sind nicht in Sicht. Die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt nimmt zu. Langzeitarbeitslosigkeit steigt, Billigjobs verdrängen traditionelle Arbeitsplätze, Löhne geraten unter Druck. Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger werden immer mehr ins gesellschaftliche Abseits geschoben. Zehntausende Jugendliche suchen einen Ausbildungsplatz, manche schon seit Jahren. Nur noch knapp ein Viertel der Betriebe bildet aus, die Chancen auf einen Berufseinstieg werden immer rarer.

Die Schieflage wird unerträglich

Brandenburg verfügt über ein gut ausgebautes Verkehrsnetz. Aktuell läuft es Gefahr, in strukturschwachen Regionen ausgedünnt zu werden. Fakt ist zudem: Es kann von immer weniger Erwerbslosen und Geringverdienern genutzt werden. Die im Rahmen des monatlichen Regelsatzes von 345 Euro im Arbeitslosengeld II eingerechnete Mobilitätsrate von 19 Euro für die Benutzung von Verkehrsmitteln reicht für die Abdeckung der tatsächlichen Kosten nicht aus.

Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg ist es umso notwendiger, die Mobilität zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Nach den neuesten Plänen der Bundesregierung soll der „Mobilitätsanteil“ im Regelsatz des ALG II ab 2007 gar auf 15 Euro reduziert werden. Ein Wahnsinn mit Blick auf die verkehrspolitischen Realitäten in Brandenburg.

Umso dringlicher ist es, die Forderung des ver.di-Landesbezirksvorstandes zur Einführung eines Sozialtickets in den vierzehn Landkreisen und vier kreisfreien Städten von Brandenburg jetzt unbeirrt und ohne Zeitverzug durchzusetzen. Die bisherigen Erfahrun-

gen mit dem Sozialticket in Berlin bzw. seiner Wiedereinführung sollten dabei beachtet werden. Es macht nur Sinn, die Aktivitäten auf der Ebene des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg zu koordinieren. Dort sollte umgehend eine Verständigung und Abstimmung mit allen Sozial- und Wohlfahrts-

sind Ideen und Kreativität sowie vor allem die „Solidarität der Starken“ erforderlich.

Deshalb unsere Bitte an die ver.di-Mitglieder, insbesondere ihre Mandatsträgerinnen und -träger auf allen Ebenen: Beteiligt Euch an dieser Kampagne innerhalb des DGB, setzt ein deutliches Zeichen

AUF EIN WORT

SOZIALTICKET IN BRANDENBURG – JETZT!



Foto: Christian v. Polentz/transit-berlin

CARSTEN ZINN, VORSITZENDER DES VER.DI-LANDESBEZIRKS-
ERWERBSLOSENAUSSCHUSSES BERLIN-BRANDENBURG

verbänden einschließlich der Kirchen erfolgen, um die knapp bemessenen personellen und finanziellen Ressourcen zur Durchführung der beabsichtigten landesweiten Kampagne für ein Sozialticket sinnvoll einzusetzen. Dazu

nach außen, dass die Gewerkschaften in den Regionen mit ihren Bündnispartnern die Interessenvertreterinnen auch von sozial benachteiligten Menschen sind – und dies in einer Zeit, in der Hartz-IV-Betroffene fast jeden Tag zum

medialen Feindbild der Nation und zum Einsparpotenzial erklärt werden. Wir fordern dagegen im ersten Schritt die Anhebung des ALG II auf einen armutsfesteren Regelsatz von 420 Euro.

In Berlin und Brandenburg muss auf allen Ebenen eine bürgerfreundliche Sozial- und Kulturpolitik praktiziert werden, um den populistischen Rattenfängern von DVU, NPD und Märkischem Heimatschutz den Nährboden zu entziehen. Der Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und in vier Bezirksparlamenten von Berlin zeigt erneut, wie wichtig es ist, sich stärker den sozialen und kulturellen Belangen vor Ort zu widmen.

Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) muss zu seiner Aussage, „dass wir uns stärker um den vorsorgenden Sozialstaat kümmern müssen“ auf der 2. Brandenburgkonferenz des DGB in die Pflicht genommen werden. Er sollte zur Position der Landesregierung zum Sozialticket befragt werden und sich zur Schaffung von organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen bekennen.

„ver.di – sozial und engagiert“ muss täglich erlebbar sein. Auch darum geht es bundesweit am 21. Oktober zum Aktionstag.

BUCHKRITIK

DAS EVA-HERMAN- PRINZIP

PENDO VERLAG

1. Das Buch ist ernster zu nehmen als die geradezu lächerlichen Äußerungen seiner Autorin in manchen Interviews. 2. Es geht nicht nur um Frauen, sondern mindestens ebenso viel um Kinder, was ich für wichtig halte. 3. Auf etwa der Hälfte der 260 Seiten beschreibt Herman sachlich und gründlich, belegt durch wissenschaftliche Untersuchungen, das Dilemma heutiger Partner- und Kinderbeziehungen und ihre vermutliche Entstehung – sie zieht nur leider die falschen Schlüsse daraus. 4. Es ist eindeutig das Buch einer westdeutschen Autorin, die den Unterschied zur Entwicklung in der DDR nicht verstanden hat. Ihr Hass auf den Feminismus (welcher als besondere Strömung in der DDR kaum eine Rolle spielte,

weil DDR-Frauen immer die Männer beteiligen wollten) und seine deutsche Protagonistin Schwarzer erscheint mir wie der Selbsthass der Autorin, darauf zu lange „hereingefallen“ zu sein. Denn bei aller – teilweise berechtigter – Kritik am Feminismus, gibt sie doch zu, dass er einiges Wichtige für die Frauen bewirkt hat.

Peinlich, wie am Anfang mehrmals betont wird, das Ganze sei ein Tabu-Bruch, was wohl eher der Verkaufsstrategie zuzuordnen ist. Überhaupt ist nicht klar, welchen Einfluss – positiv oder negativ – die genannte Mitarbeiterin Christine Eichel hatte. Dass Frauen, die sich bewusst für Kinder und derentwegen fürs Nicht-Berufstätigsein entscheiden (und sich das auch finanziell leisten können!), genau so geachtet werden müssen wie diejenigen, die das Gegenteil bevorzugen, sollte selbstverständlich sein, doch die Hausmutter-Variante nun wieder als Ideal zu postulieren, ist, wenn auch von der Auto-

rin bestritten, ein schlimmer Rück-Schritt. Sie verklärt das Familienleben zur Idylle, nur positive Beispiele werden zitiert; vergessen wird, was geschieht, wenn eine Ehe scheitert, und dass es auch völlig normal ist, wenn eine ‚gute‘ Mutter manchmal höllisch wütend auf ihre Kinder wird oder ab und zu erleichtert ist, sie für ein Weilchen los zu sein (und die Kinder froh sind, nicht den ganzen Tag nur mit der Mutter verbringen zu müssen). Da gilt es nun wieder als naturgegeben, dass Männer umsorgt und ‚bekocht‘ werden sollen und wollen (sind die Fernsehköche nicht in der Mehrzahl Männer?) und ihre Hobbys werden auf Fußball reduziert. Richtig wiederum ist die Forderung nach mehr Männern in den Erzieher-Berufen, aber deshalb gleich nach der Abschaffung der Koedukation zu rufen, geht in die falsche Richtung. Offenbar benötigen zu viele Menschen Ideologien, statt selber zu denken und zu differenzieren. Was in der

DDR staatlich verordnet wurde, geschah in der Bundesrepublik unter anderem mit dem Feminismus – und soll nun wieder mit dem Gegenruf passieren. Anstatt die Männer zu ermutigen und zu stärken, die sich bereits mehr um ihre Kinder kümmern (was auch ein Zeichen von Reife ist), dafür einzutreten, dass die berufliche Arbeitszeit verkürzt und nicht, wie von Unternehmern und manchen Politikern gefordert, verlängert wird, sieht die Eva-Variante vor, den Frauen das Häusliche zu überlassen (das passt so gut für die Arbeitslosenstatistik!), damit die Männer, wenn sie, müde vom Konkurrenzkampf heimkommen, ein gemütliches Heim serviert kriegen. Das alles wird so pur gesagt – und wieder bestritten, weil der Verstand der Autorin offenbar unausgereift mit ihren Wunschvorstellungen im Streit liegt. **Charlotte Worgitzki**

Eva Herman: Das Eva Prinzip. Pendo Verlag München und Zürich 2006, 260 Seiten, 18 Euro ISBN 10: 3-086612-105-9

Angekommen

Hans-Otto-Büste im Foyer des Potsdamer Theaterneubaus eingeweiht

„Nachdenklich, nicht sehr heldisch“ wirke Hans Otto in der überlebensgroßen Kopfplastik, die am 24. September im Rahmen der Eröffnungsfeierlichkeiten für den Potsdamer Theaterneubau eingeweiht wurde. So beschrieb der Festredner das Kunstwerk, das 1989 von der damaligen IG Kunst für das Ensemble des Hans-Otto-Theaters gestiftet worden war. Der lange Weg zum Adressaten nahm jetzt ein glückliches Ende.

Die gut besuchte kleine Feierstunde, zu der Intendant Uwe Eric Laufenberg eingeladen hatte, führte unterschiedliche Akteure zusammen: die Ensemblemitglieder Sabine Scholze und Andreas Herrmann, die aus Texten, Erinnerungen und Dokumenten über den Schauspieler, Kommunisten und Gewerkschafter Hans Otto lasen, der von SA-Schergen im November 1933 ermordet wurde. Gewerkschafter, die schon vor Jahrzehnten eine öffentliche Würdigung Hans Ottos planten und eine Plastik in Auftrag gaben. Den Bildhauer Peter Kern, der die Bronze Ende der 1980er Jahre schuf – „nicht kalt, scharf oder pathetisch“, wie er beschrieb. Den Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs, der den Theaterneubau würdigte und als „Credo des Tages“ bezeichnete: „Es reicht nicht aus, nur Künstler zu sein.“ Vertreter des Dresdner Vereins „Kleine Freiheit“, die den von ihnen gestifteten Neuen Hans-Otto-Preis verliehen. Die ver.di-Gewerkschaftssekretärin Sabine Schöneburg, die heute die Fachgruppe Theater und Bühnen betreut und an Leistungen und prägende Inszenierungen des Hans-Otto-Theaters in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erinnerte, mit denen das Ensemble

Schutzpatron und Inspirator zugleich

„immer über Potsdam hinaus“ gewirkt habe. Sie würdigte große Aufführungen der abgewickelten Musiktheatersparte und betonte, dass Technik und Kunst im Haus traditionell gut zusammenwirkten. Die aktuelle Ehrung zeige,



Fotos: transit/v. Polentz



Mitglieder des Theaterjugendklubs und die Hans-Otto-Büste (oben). Gemeinsame Freude: Sabine Schöneburg, Gero Hammer und Peter Kern (v.r.n.l.) bei der Einweihung (unten).

dass das Ensemble Hans Ottos Vermächtnis hochhalte und ihn also verstanden habe.

Den Festvortrag hielt Alt-Intendant Gero Hammer, der zunächst daran erinnerte, dass eine brandenburgische Landesregierung bereits vor 60 Jahren einen Neubau als Ersatz für das kriegszerstörte Potsdamer Theater andachte. Nun werde er „endlich, endlich Realität“. 1989 sei nach vielen Zwischenlösungen bereits einmal der Grundstein für ein neues Theater in Potsdam gelegt worden. Die Hans-Otto-Büste habe bereits in jenem imaginären „Neubau“ Platz finden sollen. Nun finde sie ihn real. Die Tatsache, dass Hans Otto seit 1952 als Namenspatron für das Potsdamer Theater fungiere, habe stets

„Pflöcke der Erinnerung eingeschlagen gegen gleichgültiges Vergessen, gegen Gewissenlosigkeit und Geschichtsklitterung“. Das sei heute nicht weniger dringlich. Otto sei dem Ensemble und dem Haus zugleich ein guter „Schutzpatron“ gewesen, der zu höchsten Maßstäben anspornte. „Das möge auch in Zukunft so bleiben.“

„Sehr zufrieden“ mit dem Platz für die Büste im Parkett-Foyer und der würdigen Einweihung zeigte sich nach der Veranstaltung ver.di-Senior Hans-Peter Enderlein, der 1987 im Namen des Zentralvorstandes der DDR-Gewerkschaft Kunst die Plastik in Auftrag gegeben und ihren Entstehungsprozess begleitet hatte. Ursprünglich sollte sie am wieder errichteten

Schauspielhaus auf dem Berliner Gendarmenmarkt stehen – als Staatstheater bis Mai 1933 die letzte künstlerische Wirkungsstätte des „jugendlichen Helden“ Hans Otto. Da sich dieser Plan zerschlug, wurde die Büste dem Ensemble des Hans-Otto-Theaters gewidmet. Es habe 17 Jahre gedauert und einiger Umwege bedurft, bevor die wertvolle Bronze nun auf einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gesponserten Stele ihre Bestimmung erreichte.

Spurensuche mit Preis belohnt

Hans Otto aus der Vergessenheit zu holen und den Schauspieler und Menschen speziell einem jungen Publikum neuerlich nahezubringen, war Ziel eines Projektes des Theaterjugendklubs des HOT unter Leitung von Manuela Gerlach und Kerstin Gnielka. Fünfzehn junge Leute zwischen 15 und 21 begaben sich dazu auf Spurensuche und Recherche in Archiven, bei Zeitzeugen und Verwandten Hans Ottos. In einem mehrmonatigen Produktions- und Inszenierungsprozess entstand als Gemeinschaftswerk ohne literarische Vorlage das Stück ad ACTa. Es hatte im Mai erfolgreiche Premiere und wird auch im Herbst mehrfach aufgeführt. Der Verein „Kleine Freiheit“ aus Dresden verlieh dem Potsdamer Theaterjugendklub und seinen beiden Leiterinnen für diese Leistung den Neuen Hans-Otto-Preis 2006, der mit 1500 Euro dotiert ist. Man würdigte die „bemerkenswerte Aufführung, die phantasievolle Umsetzung und die ansteckende Spielfreude“ der jungen Akteure. Janine Schäferhoff dankte im Namen ihrer „theatersüchtigen“ Freundinnen und Freunde und zeigte sich stolz, dass das Stück für die Verbindung von Kultur und politischer Verantwortung ausgezeichnet wurde. Vor der nachfolgenden Aufführung von ad ACTa gratulierte Constanze Lindemann, Vorsitzende des ver.di-Landesfachbereichsvorstandes Medien, Kunst und Industrie, den jungen Leuten. Sie überreichte Blumen und eine Dokumentation der von der Medien Galerie vor einigen Jahren erarbeiteten Hans-Otto-Ausstellung auf CD. **neh**

Ad ACTa läuft wieder am 22., 23. und 24. November, Reithalle B, jeweils 19.30 Uhr

AbGEZockt

Streit um Rundfunkgebühren für beruflich genutzte PC geht weiter

Viele Freiberufler, Selbstständige und Unternehmer sind sicher überrascht. Sahen sie bisher in Ihrem PC schlicht ein Arbeitsmittel, werden sie von den Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eines Besseren belehrt. Vorausgesetzt, es ist internetfähig, handelt es sich bei dem Ding auf dem Schreibtisch von nun an um ein „neuartiges Rundfunkempfangsgerät“. Das Gleiche gilt übrigens für das onlinefähige Handy – allerdings erst ab dem Moment, in dem es aus der Hosentasche gezogen wird. Der Haken an der Sache: Für all diese wunderbar neuartigen Geräte, die das Arbeitsleben versüßen, sollen ab 1. Januar 2007 GEZ-Gebühren fällig werden.

Über die Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrags aus dem Herbst 2004 wollten die chronisch klammen Öffentlich-Rechtlichen die Kassen füllen. Zunächst wollten sie für beruflich genutzte Geräte die volle Fernsehgebühr in Höhe von 17,03 Euro erheben. Nach Protesten von verschiedenen Seiten beschlossen die ARD-Intendanten am 13. September in Schwerin, für internetfähige PC „nur“ die GEZ-Gebühr für Radios in Höhe von 5,52 Euro zu fordern. Dabei soll, entgegen dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag, bereits ein angemeldetes Autoradio als Erstgerät gelten. Das heißt: Wer

Beim dju-Septemberstammtisch berichtete Petra Pulver, Springer-Betriebsratsvorsitzende Berlin, über neue Entwicklungen im Konzern. Wichtigste Baustellen seien derzeit die Fusion der Printredaktionen von Welt, Welt am Sonntag, Berliner Morgenpost und Welt kompakt sowie die „Online-Offensive“. Im Wirtschaftsressort sei die Fusion bereits vollzogen, als nächstes seien Politik und Feuilleton dran. Der Betriebsrat befürchtete einen Personalabbau, allerdings sei unklar, wo und in welchem Umfang. „Bisher weiß niemand, wieviel Arbeit künftig anstehen wird, wenn die Kollegen für vier Zeitungen arbeiten.“

Optimistischer stimmen die Pläne zum Online-Ausbau. „Da wurde



Demontieren? Für Freiberuflerinnen und Freiberufler ist das auch keine Lösung.

sein Autoradio angemeldet hat und dafür GEZ zahlt, soll nach dem Willen der ARD-Intendanten nicht zusätzlich für seinen PC zahlen müssen.

PC fürs Arbeiten, nicht für die Tele-Novela

Ein wenig scheinheilig begründet die ARD ihren Scheinrückzug damit, dass man über das Internet zwar problemlos Radio empfangen kann, dafür die volle Gebühr zu kassieren jedoch rechts-

widrig sei. Vollwertige Fernsehprogramme können nämlich nicht über das Internet empfangen werden. Noch nicht. Wenn sich die neuartigen Rundfunkgeräte weiterentwickelt haben, könnte zur vollen Fernsehgebühr aufgestockt werden. Dies könnte auch erklären, warum auch das ZDF den Rückfall auf die Radiogebühren akzeptiert hat, obwohl es gar keine Radiosender betreibt und nur mit etwa einem Viertel der neuen Einnahmen rechnen kann.

Gegen die Selbstbedienungsmentalität der ARD- und ZDF-Anstalten hat sich breiter Wider-

stand formiert. Sogar ein Verein wurde eigens zur Verhinderung der neuartigen GEZ-Gebühren gegründet: Die Vereinigung der Rundfunkgebührenzahler (www.vrgz.org) informierte auf einer Veranstaltung der dju Berlin-Brandenburg am 6. September über ihre Aktivitäten. Ihr Ziel: gegen die unzeitgemäße Mehrfachbelastung, unabhängig von der tatsächlichen Nutzung des Angebots, vorzugehen. Im März hat der Verein eine Verfassungsbeschwerde eingereicht, noch gibt es aus Karlsruhe jedoch keinen Annahemebescheid. „Die Gebühr an das Gerät zu binden und nicht an die nutzende Person, ist ein überkommener Systemfehler“, erklärte Uwe Haas, Geschäftsführer der VRGZ, „jeder kann zur gleichen Zeit nur ein Gerät nutzen.“

Vehement protestieren auch der Bundesverband der Freien Berufe und die IHK gegen die neuen Zahlungen. Eine Umfrage der IHK bei 20.000 Unternehmen im Juni habe ergeben, dass in 96 Prozent der Firmen PC ausschließlich zum Arbeiten genutzt werden und nicht, um „Marienhof“ oder „Julia – Wege zum Glück“ anzuschauen.

Die endgültige Entscheidung im Gebührenstreit liegt bei den Ländern. Da die Rundfunkkommission der Bundesländer nicht – wie vorgesehen – am 21. September eine Einigung gefunden hat, wurde das Thema vertagt. Die Chefs der Staatskanzleien vereinbarten, dass sich nun die Ministerpräsidentenkonferenz vom 18. bis 20. Oktober mit dem Thema befassen wird. **Ute Christina Bauer**

Vom Newsticker zum Newsroom

Springer legt Redaktionen zusammen und stärkt Internet-Auftritt

de trotz zunehmender Internet- und rückläufiger Zeitungsnutzung vieles versäumt“, sagte Pulver. Bisher hätten zwölf Kolleginnen und Kollegen mit einem überholten System den Online-Auftritt gestaltet. Jetzt soll ein besseres System eingekauft und die Online-Redaktion personell aufgestockt werden. Zusätzlich würden Redakteure aus den Ressorts als so genannte Online-Beauftragte abgestellt, um die Online-Redaktion zu unterstützen und ein Konzept für den künftigen Web-Auftritt

auszuarbeiten. Im „Newsroom“ sollen Print- und Online-Redaktionen zusammengeführt werden. Dort sollen Themen gesammelt werden, dort soll entschieden werden, was wo wann erscheint.

In Arbeitskreisen zum Redaktionsumbau und zum Newsroom treffen sich Chef- und Leitende Redakteure, Vertreter von Geschäftsleitung, Personalabteilung und Betriebsrat. Eine ähnlich besetzte Delegation soll demnächst dem dänischen „Dagbladet“ einen Besuch abstatten. Dort soll es be-

reits einen gut funktionierenden Newsroom geben.

Eine tarifmäßige Einordnung der Online-Kollegen im Sales- und Marketingbereich konnte inzwischen erreicht werden. „Allerdings sind das für uns teilweise neue Berufsbilder, bei denen wir erst gucken müssen, ob die Eingruppierung realistisch ist.“ Der Betriebsrat will erreichen, dass die Online-Leute als „Redakteure für Print, Online und Audio“ nach Manteltarifvertrag für Redakteure an Tageszeitungen bezahlt werden. **ucb**

Sanierung für den Leerstand?

ver.di-Bezirksfachbereichsvorstand Berlin sorgt sich um das Haus der Buchdrucker

Das Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße ist ein Haus mit Tradition. Nicht nur, dass es in den 1920er Jahren mit den Groschen der Mitglieder finanziert, vom Architekten Bruno Taut entworfen und in einer vorbildlichen Mischung von Verbandshaus, Wohnen und Gewerbe errichtet wurde. In seiner mittlerweile 80jährigen Geschichte hat das Haus viel „erlebt“, auch die Besetzung durch die Nazis 1933. In den großflächigen Kellern lagerten die braunen Machthaber zusammengegrabte Gewerkschaftsdokumente und Archivmaterial auch anderer Gewerkschaften ein, die hier allerdings den Krieg unbeschadet überstanden. Dem Engagement verdienter Gewerkschafter ist es zu danken, dass das Haus der Buchdrucker 1949 an die rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben wurde. Seither, bis zum Auszug der IG Medien im Zusammenhang mit der ver.di-Gründung, war es wieder Berliner Gewerkschaftssitz und – speziell der historische Saal im 4. Stock – Ort für Streikversammlungen, Konferenzen und Kulturveranstaltungen.

Warum keine Themen-Immobilie?

Inzwischen trägt die ver.di-Vermögensverwaltungsgesellschaft die Verantwortung für das Gebäude Dudenstraße 10, wie für weitere im Zuge der Fusion freigewordene Gewerkschaftsimmobilien. Nicht nur von ehemaligen IG-Medien-Mitgliedern wurde seither immer wieder der Wunsch geäußert, das Haus der Buchdrucker auch künftig gewerkschaftsnah und so breit wie möglich in der Tradition seiner Geschichte zu nutzen. Die Medien Galerie, die sich nach wie vor im Erdgeschoss befindet und für Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt wird, die Ansiedlung des Karl-Richter-Vereins und eines Medienzentrums sowie die Vermietung an weitere gewerkschafts-, medien- und kulturnahe Einrichtung könnten dazu beitragen, die speziellen Vorzüge des denk-



Foto: transit/v. Polentz

Hat schon bessere Zeiten gesehen: der berühmte Saal in der 4. Etage im Haus der Buchdrucker

malgeschützten Hauses als „Themen-Immobilie“ zu stärken. Ein solches Konzept hatten auch die seit langem im Haus ansässigen und in der Denkmalpflege erfahrenen Architekten des büro west empfohlen. Weitere langjährige Atelier-Mieter hätten mit die Basis dafür bilden können.

Die Realität sieht mittlerweile anders aus. Das Haus wird saniert und gleicht einer großen Baustelle, Haustechnik wird modernisiert, Leitungen, Schächte und Fußböden werden erneuert, Heizkörper ausgetauscht. Die Mieter im Hinterhaus – der betagte, schwerbehinderte Maler Christian Roecken-schuss besitzt einen Mietvertrag seit 1960 und hatte sich sein Atelier anfänglich noch mit Bruno Taut geteilt – wurden mittlerweile fast alle vertrieben und verhandeln mit der ver.di-Immobilienverwaltungsgesellschaft über Anträge. Zugesagte neue Mietverträge, etwa für die Medienzentrum gGmbH i.G. in der ersten Etage, liegen auf Eis. Der Sinn mancher Bauarbeiten erschließt sich Beobachtern schwer. Da werden moderne Teeküchen an der einen Stelle ausmontiert, Möbel und Geräte entsorgt und an anderer Stelle neue eingebaut. Die geplante Montage einer teuren Klimaanlage sei generell zu hinterfragen, meinen Kenner der Räumlichkeiten. Gekündigte Mie-

ter vermuten hinter dem großen Aufwand die Einrichtung von „high-tech Büros, von denen der Berliner Markt überquillt“.

Mitsprache dringend eingefordert

Der Bezirk Berlin des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie beobachtet diese Entwicklung seit längerem mit Sorge. Die Mitgliederversammlung hat Ende August einstimmig eine Entschließung gebilligt, in der der Aufsichtsrat der ver.di-Vermögensverwaltungsgesellschaft zum Handeln aufgefordert wird. Der Sprecher des Bezirksfachbereiches, Dr. Kurt Stephan, fordert in einem Schreiben, dass die Vorstände des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie von Bezirk und Landesbezirk in die weiteren Planungen für das Haus einbezogen werden. Das schließt auch die Offenlegung, Begründung und Diskussion bisheriger Konzepte und Maßnahmen ein.

Dem Bezirksvorstand gehe es um eine „der Geschichte und Bedeutung des Hauses angemessene sowie gewerkschaftlichen Prinzipien verpflichtete Pflege und Entwicklung des Hauses als Medien- und Kulturzentrum“.

Helma Nehrlich

NACHRICHT

Tarifabschluss bei der Stiftung Warentest

Am 19. September 2006 konnte für die Mitarbeiter der Stiftung Warentest zwischen deren Vorstand und ver.di ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden. Im wesentlichen bedeutet dieser Tarifabschluss die Überleitung des Haustarifvertrages, der vormals in Anlehnung an den BAT abgeschlossen wurde, zum Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes/Bund. Im Vorfeld wurde vereinbart, diesen Tarifvertrag ohne vorherige Kündigungen zu verhandeln. Nur wenn es zu keiner tragfähigen Lösung gekommen wäre, sollte der Haustarifvertrag gekündigt werden. Als Knackpunkt bei den Verhandlungen erwies sich die Frage der Einstufung der Beschäftigten. Hier konnte seitens der ver.di-Tarifkommission erreicht werden, dass nun auch einschlägige und gleichwertige Berufserfahrungen außerhalb des öffentlichen Dienstes für die Einstufung berücksichtigt werden. Der Tarifvertrag läuft bis zum 31. Dezember 2010.

Die Grenzen des Einlassens

Journalismus nach dem Schäfer-Bericht

Soll man, nachdem die hohen Wellen um den BND-Skandal abgeebbt sind, zur Tagesordnung übergehen? Oder kann die Affäre Einstieg in eine neue Debatte über journalistische Ethik sein? Diesen Fragen ging eine Veranstaltung der dju Berlin-Brandenburg mit dem Titel „Journalisten und Geheimdienste – Schäfer-Bericht = keine Konsequenzen“ am 19. August in Berlin nach. Auf dem Podium saßen Wulf Beleites, freier Journalist und Mitglied des dju-Bundesvorstands, Hans Leyendecker, leitender Redakteur der Süddeutschen Zeitung und selbst betroffen vom BND-Skandal, sowie Hans-Christian Ströbele, MdB und Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Kompetent geleitet wurde die Runde von RBB-Moderatorin Carla Kniestedt.

Die Vorgeschichte: Im Mai dieses Jahres hatte Gerhard Schäfer, ehemals Vorsitzender Richter des Bundesgerichtshofes, mit einem Bericht für Aufsehen gesorgt. Das 180 Seiten starke Dokument belegte, dass der BND in den 90er Jahren Journalisten bespitzelt und sich dafür auch Journalisten dienstbar gemacht hatte. Der Bundestag hatte den Bericht nach einigem Hin und Her veröffentlicht,

zur Wahrung der Privatsphäre der beobachteten Journalisten jedoch nicht vollständig.

Hans Leyendecker beschrieb das Phänomen der Vereinnahmung von Journalisten als altbekannt. Er erweiterte das Spektrum der unheiligen Allianzen: Die Diskussion dürfe nicht auf Geheimdienste verengt werden, schließlich würden sich nur wenige Journalisten mit diesem Thema beschäftigen, es könne sie auch kaum nähren. Journalisten hätten sich auch vom BKA einspannen

Nicht mit Staatsanwälten, Zoll und Geheimdiensten

lassen, was genauso problematisch sei. Grundsätzlich sollte gelten: „Wir arbeiten nicht mit Staatsanwälten, Zollfahndern oder Geheimdiensten zusammen.“ Verbreitet seien Kooperationen mit der Wirtschaft, die den Journalisten dafür gern Sonderkonditionen einräumen würde. Die Aufgabe der Medien brachte Leyendecker auf den Punkt: „Weiter fragen, wo der Auskunftswille der Regierenden und der Mächtigen aufhört.“



Beleites, Kniestedt, Leyendecker und Ströbele (v.l.): Weiter fragen!

„Das Thema gehört nicht der Vergangenheit an“, meinte Hans-Christian Ströbele. Ab Herbst werde sich der Untersuchungsausschuss des Bundestages damit befassen und Journalisten ebenso wie BND-Mitarbeiter anhören. „Die Leute fragen, warum Journalisten, die sich mit Nachrichtendiensten eingelassen haben, nicht ins Gefängnis kommen.“ Ein schlichter Kontakt sei jedoch nicht strafbar. Man müsse fragen, wo eine Zusammenarbeit richtig sei und wo ihre Grenzen liegen. Den Gerichten obliege nun die leidvolle Aufgabe festzustellen, was ein V-Mann des Verfassungsschutzes ist und was an die Öffentlichkeit gegeben werden darf, ohne die Persönlichkeitsrechte zu verletzen.

Sowohl Journalisten als auch Abgeordnete gingen gewissermaßen einer „gefahrgeleiteten Tätigkeit“ nach, so Ströbele weiter.

Das Risiko bestehe darin, die Grenzen zur Wirtschaft oder zu den Geheimdiensten zu überschreiten. Für den Bundestag wolle man daher einen Ehrenkodex erarbeiten, dies sei auch für Journalisten sinnvoll. Die Politik, speziell die Opposition, seien auf eine kritische Presse angewiesen.

„Im Schäfer-Bericht steht nichts grundsätzlich Neues“, bekräftigte Wulf Beleites. Journalisten würden missbraucht, seien aber auch Täter. Erich Schmidt-Eenboom etwa sei einerseits der Bespitzelung ausgesetzt gewesen, andererseits habe er Kontakte zum BND unterhalten. „Er sprach vom Geben und Nehmen zwischen Journalisten und Geheimdiensten“, zitierte Beleites den Kollegen. Die dju habe einen Vorstoß gemacht: Nachrichtendienstliche Tätigkeiten schließen die Mitgliedschaft bei der dju aus. **Ute C. Bauer**

Der Chefsessel bleibt für die Mitsprache tabu

Berliner Zeitung: Redaktionsstatut ohne Vetorecht verabschiedet

Ende August war es endlich soweit – Verlag und Redaktion der Berliner Zeitung einigten sich auf ein Redaktionsstatut. Inhaltlich stehen die Unabhängigkeit und die Qualitätssicherung des Blattes im Vordergrund. Das von der Redaktion geforderte Vetorecht bei der Be- und der Abberufung des Chefredakteurs konnte nicht durchgesetzt werden.

Seit Jahresanfang war um den Text gerungen worden, bereits im Mai sollten die Verhandlungen abgeschlossen werden. Doch dann präsentierte die Verlagsspitze Jo-

sef Depenbrock als neuen Chefredakteur, just an dem Tag, an dem die Einigung über das Redaktionsstatut anvisiert worden war. Die Redaktion verstand das als Affront, schließlich hatten sie für ein Vetorecht bei der Besetzung des Chefpostens gekämpft. Obwohl sie sich in diesem Punkt nicht durchsetzen konnten, sind Redaktion und Betriebsrat erleichtert. „Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen sind wir mit dem Ergebnis trotzdem zufrieden“, sagt Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch. Das Re-

daktionsstatut lässt zu, dass die Redaktion in anderen Bereichen, insbesondere bei der Qualitätssicherung Einfluss nehmen kann. „Im Statut wurde festgeschrieben, dass die Berliner Zeitung unabhängig von Parteien, Verbänden und Interessengruppen ist und auch Anzeigenkunden keinen Einfluss auf die Berichterstattung nehmen können. Das Blatt habe eine Vollredaktion, die sich durch Autorenbeiträge auszeichne und überregionale und regionale Ressorts habe. Ein neuer Chefredakteur werde vom Verlag berufen, die

Kandidaten aber im Vorfeld von einem aus bis zu drei Mitgliedern bestehenden Vertrauensausschuss benannt, der von der Redaktions-Vollversammlung bestimmt wird. Das Redaktionsstatut ist seit 1. September in Kraft und gilt zunächst für zwei Jahre. Es kann mit einer Ankündigungsfrist von zwölf Monaten gekündigt werden. Sollte das Blatt verkauft werden, muss der Verlag den künftigen Eigentümer über den Inhalt des Redaktionsstatuts informieren. **sil**

Redaktionsstatut als PDF: www.dju-berlinbb.de, Meldung vom 29. August.

Klein aber fein zum Zehnten

Baumaßnahmen reduzierten Jubiläumssolibasar – dennoch 7000 Euro Spendenerlös

7000 Euro wurden beim 10. (Nachwende) Solibasar erzielt. Damit werden zwei Entwicklungsprojekte in Argentinien und Uruguay unterstützt, die die Teilhabe armer Bevölkerungsschichten an der Informationsgesellschaft fördern. Die Spende geht an das argentinische La Comunitaria TV, einem von und für sozial schwache Bevölkerungsgruppen betriebenen Fernsehsender im Großraum von Buenos Aires, und an die Nachbarschaftsbibliothek des Pueblo Isidoro Noblia, einer Armutsregion der uruguayischen Stadt Melo. „Wir wollen Armen im TV eine Stimme geben und ihnen in einer Bibliothek mit Internetverbindung und audiovisuellen Medien Zugang zur modernen Welt des Wissens ermöglichen“, erklärte Jan Dunkhorst vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika FDCL.

„Eine tolle Sache, dass solche Projekte unterstützt werden“, fanden Adelheid und Horst Britzke aus Offenbach, die es privat nach Berlin und zufällig auf den Solibasar verschlagen hatte. Am Stand der ver.di-Senioren erwiesen sich die von Wolfgang Vötter und Ursula Albig als „sehr gesund“ angepriesenen Schmalzstullen als Renner. Wer das große

ver.di-Los gezogen hatte, konnte Wein gewinnen. Das hieße aber nicht, dass Gewerkschaft „besoffen“ machen wolle, flachste dju-Vizelandeschefin Renate Gensch.

Verlässlich dabei die Stiftung Warentest. „Der Solidaritätsgedanke hat in unserem Haus Tradition“, erklärte Produktionsleiterin Catrin Schroeter. „Viele bei uns sind Gewerkschaftsmitglieder. Da ist eine Teilnahme am Solibasar selbstverständlich.“

Stimmung gut, Besucher interessiert – das konstatierte Annett Bullmann vom Musikblatt *melodie & rhythmus*, das 2007 seinen 50. Geburtstag feiert. Ein Schuss Nostalgie, eine Spurensuche nach Vertrautem ist auch immer dabei. Monika und Klaus Bönsch jedenfalls haben den Alexbasar als festen Termin im Kalender. „Wir haben beide mal im Verlagswesen gearbeitet und freuen uns, hier alte Bekannte aus der Branche zu treffen und Neues zu erfahren.“

Rund 10 000 Gäste zählte der Solibasar trotz aller baubedingten Einschränkungen. Zufriedenheit auch beim stellv. ver.di-Landeschef Andreas Köhn. „Wir freuen uns über die Resonanz und auf den Solibasar 2007. Dann aber in alter Größe auf dem neuen Alexanderplatz.“ **Bettina Erdmann**



Fotos: transit/v. Polentz



Viel war los am Fernsehturm: Am ND-Stand signierte Schauspielerin Käthe Reichel ihr Buch „Windbriefe an Herrn b.b“ (oben). Die Latin Youth begeisterte mit halsbrecherischem Streetdance (unten).

Gewalt tritt in verschiedenen Formen auf. Esther Dischereit, bis zum 30. Juni dieses Jahres Kulturbbeauftragte des DGB-Bezirks Berlin Brandenburg, hat sie vor allem als Missachtung ihrer Arbeit erfahren. Der DGB hat ihr gekündigt. Ihre Chancen für eine gerichtlich erzwungene Wiedereinstellung stehen nicht schlecht.

Missachtet haben ihre Arbeit nicht die vielen BesucherInnen der verschiedenen Ausstellungen und Lesungen, die sie in den letzten Jahren organisiert hat. Missachtet haben ihre Arbeit auch nicht die vielen Künstler und die Nutzer der Antirassismus-Website des DGB (www.respekt.dgb.de), die sie hauptamtlich betreute. Missachtet haben ihre Arbeit aber offenbar die DGB-Kollegen, die ihr jetzt gekündigt haben: der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und der Vorsitzende des DGB

Missachtung der Arbeit

DGB-Kulturbbeauftragte streitet vor Gericht

Berlin und Brandenburg Dieter Scholz. Zur Erklärung ließen sie den Geschäftsführer des DGB äußern, dass in der gegenwärtigen Krise Einsparungen unausweichlich seien, deshalb müsse „gegenüber Fachbereichen wie Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Jugend- oder Sozialpolitik (...) die Kulturarbeit zurücktreten“.

Weil der DGB offenbar gar nicht wusste, wem er da als Kulturbbeauftragter kündigte, wurde er von der breiten Welle des Protestes überrascht. Viele nicht öffentliche Briefe erreichten den Bundesvorstand und den DGB in Berlin, außerdem ein „offener Brief“, mit sehr vielen promin-

ten Unterschriften (www.hagalil.com/archiv/2006/06/dgb.htm).

Offenbar hatte man vorher nicht gewusst, dass Esther Dischereit seit vielen Jahren eine der renommiertesten deutsch-jüdischen Schriftstellerinnen ist, die sich mit den Folgen des Holocausts in Essays, Gedichten, Filmen und Hörspielen auseinandersetzt. Die Protestierer wollen und können nicht einsehen, wie man in Berlin und Brandenburg, die beide ganz deutlich mit Problemen des rechten Radikalismus zu kämpfen haben, eine demokratische und antinazistische Kulturarbeit einer international angesehenen Schriftstellerin einstellen kann. Wäre

nicht, wenn schon gespart werden muss, auch eine Umverteilung von Einkommen bei den DGB-Beschäftigten untereinander möglich gewesen?

Um den Schaden für das eigene Ansehen zu begrenzen, bot der DGB eine Abfindung an. Gegen eine geringe Summe Geldes und vage in Aussicht gestellte Honorarverträge sollte Esther Dischereit bereit sein, der Kündigung zuzustimmen. Sie hat überlegt. Schließlich hat sie nicht nur für sich, sondern auch für zwei Kinder in der Ausbildung zu sorgen. Jetzt hat sie abgelehnt und vor dem Arbeitsgericht geklagt. Es geht in diesem Kündigungsverfahren nicht nur um Esther Dischereit, es geht darum, wie wichtig für die Gewerkschaften in einer Krisensituation Kultur- und Antirassismusarbeit ist.

Martin Jander



Gemeinschaftsgeist Punktsiege und Niederlagen

Am zweiten September wurde für die vereinte neue Landesfachgruppe Verlage, Druck und Papier ein neuer Vorstand gewählt und Rückschau auf vier bewegende Jahre gehalten. Sie waren in der

Streik? Streik! Nur mit Arbeitskämpfen konnte 2005 verhindert werden, dass Errungenschaften von 50 Jahre Tarifpolitik zerschlagen wurden. Die Arbeitgeber planten den Generalangriff auf Wochenarbeitszeit, Wochenendarbeit, Zuschläge, Antrittsgelöhne, Urlaubsgeld und Jahresleistung, Freischichten und Maschinenbesetzung. Alles stand in den Tarifverhandlungen zur Disposition und sollte durch betriebliche Regelungen ersetzt werden. Unterstützt von den Streikenden im Druckhaus Spandau und in der Bundesdruckerei – hier ging es um den Haustarif – stellte die Tarifkommission eigene Forderungen entgegen: Beschäftigungssicherung, planbare Einkommen und einen Tarifvertrag, der gleiche

Wettbewerbsbedingungen in der Branche schafft. Dabei gab es Punktsiege und Niederlagen. Gegen den Trend hat ver.di die 35-, resp. 38-Stunden Woche im Tarifgebiet Ost in der Druckindustrie verteidigt. Es wurden Beschäftigungssicherung verankert, Maschinenbesetzung im Zeitungsrotationsdruck wieder unverändert in Kraft gesetzt und betriebliche Öffnungsklauseln verhindert. Der

2007 muss anständige Lohnabschlüsse bringen

Preis dafür waren Einschnitte bei der Maschinenbesetzung im Tiefdruck, nach wie vor sehr niedrige Lohnabschlüsse und Arbeitszeit-

Druckindustrie von großen Auseinandersetzungen um den Manteltarifvertrag insgesamt und um den Erhalt der Errungenschaften von 50 Jahren Tarifpolitik gekennzeichnet.

konten mit einer oberen Grenze von 220 Stunden und einer unteren von 70 Minusstunden ohne Vereinbarung über den Umgang damit. Die ins Haus stehende Lohnrunde 2007 muss anständige Abschlüsse bringen, um Lohnverluste auszugleichen. Allerdings werde das davon abhängen, ob Klein- und Mittelbetriebe in die Auseinandersetzung einbezogen werden können, so ver.di-Fachsekretär Manfred Föllmer.

Eines der größten Probleme ist, dass sich immer mehr Betriebe in Berlin und Brandenburg als nicht mehr tarifgebunden erklären. Die in der Branche immer häufiger werdenden Klein- und Kleinstbetriebe – Zustell- und Werbeagenturen, Verlage – sind weit entfernt von tariflichen Entlohnungen und

Regelungen. ver.di-Fachsekretär Andreas Kühn beobachtet, dass auch bei Neugründungen aus Insolvenzen heraus – oft mit denselben Be-

**Prekäres Arbeiten
nimmt zu**

schäftigten in allerdings reduzierter Zahl – zwanzig Prozent unter Tarif herauskommen. Das heißt, es gibt 7 bis 8 Prozent weniger Lohn, und Jahresleistungen fallen weg. In diesen Unternehmen gibt es keine Betriebsräte und damit keinen Schutz für die Beschäftigten, die unter großem Druck arbeiten. Überstunden werden nicht bezahlt. Auch hier nehmen die prekären Arbeitsverhältnisse zu.

Stirb langsam

Stilllegung, Betriebsaufspaltung, verdeckter Betriebsübergang, Personalabbau in mehreren Stufen – wie eine Stichwortliste zum Betriebsverfassungsgesetz lesen sich Ereignisse im Bereich der Druckindustrie Berlin-Brandenburg. Dazu kommen Insolvenzen und betrügerische Bankrotte. In den zurückliegenden vier Jahren zählte ver.di Berlin-Brandenburg den Schwund von etwa 1000 Arbeitsplätzen in größeren und kleineren Druckereien, Vertriebs- und Zustelleragenturen. Die Liste, auf der Unternehmen wie Druckhaus Treptower Park, Roto Stalling, GMZ, Zweite Hand, Vertriebsagentur Kühn, Zustellagentur Lehmann und andere stehen, ist nach oben offen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Personalabbau erfolgte praktisch in allen Klein- und Mittelbetrieben der Druckindustrie über mehrere Jahre hinweg.

Überkapazitäten und mörderischer Unterbietungswettbewerb

Manfred Föllmer, ver.di Fachsekretär Druckbereich, zur aktuellen Situation

Wie geht es der Druckindustrie?

Manfred Föllmer: Das Bild ist diffus und von Verwerfungen gekennzeichnet. Viele Betriebe leben am Existenzminimum. Aber durchaus nicht alle. Manche nutzen lediglich die aktuelle Situation aus. In großen Bereichen gibt es erhebliche Überkapazitäten, es wurde in Maschinen investiert, aber neue Aufträge sind nicht in Sicht. Die Folge ist ein mörderischer Unterbietungswettbewerb.

Wie haben sich Strukturen verändert?

Manfred Föllmer: Der Wandel hat schon in den 70er Jahren eingesetzt. Die Branche schrumpft. Seit Jahren ist der Satzbereich schon kaputt. Er verlagert sich mehr und mehr in andere Bereiche wie Verlage, Werbeagenturen, Heimarbeit, Freelancer etc. Die grundlegenden technischen Veränderungen in der Druckindustrie, die viele traditionelle Arbeitsplätze gekostet haben, sind natürlich nicht mehr zurückzufahren. Neben Arbeitsplatzabbau – in der Bundesdruckerei allein 400 – entstehen parallel auch neue Arbeitsplätze. Darunter jedoch leider sehr viele ungeschützte Arbeitsverhältnisse, wo fern von Mitbestimmung oder Tarifvertrag die unsichere wirtschaftliche Situation der Menschen ausgenutzt

wird. Arm trotz Arbeit ist leider kein Horrorszenario, sondern Realität. Gewerkschaftliche Einflussnahme ist in solchen Bereichen jedoch ziemlich schwer.

Wo wird gespart?

Manfred Föllmer: Überall am meisten am Personal. Da Papierpreise nicht sinken, Rationalisierungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft sind, bleiben nur die Beschäftigten, um Kosten zu reduzieren. Was Arbeitgebern dazu einfällt, haben wir in den Tarifausschüssen im letzten Jahr gesehen. Die Arbeit selbst ist schon so verdichtet worden, dass da für das Kapital fast nichts mehr zu holen ist. Viele Entlassungen über die Jahre hinweg haben ein Übriges getan. Dazu kommt das auch in unse-

ren Bereichen ausufernde Praktikantenunwesen – Agenturen leben geradezu davon. Unwesen deshalb, weil es sich in der Regel um wenig oder nichtbezahlte Arbeit handelt, oft über Wochen und Monate hinweg, ohne dass die Menschen dann eine Chance auf Übernahme in reguläre Arbeitsverhältnisse haben.

Gibt es Lösungen?

Manfred Föllmer: Für mich liegt eine grundlegende in der gesamtgesellschaftlichen Reduzierung der Arbeitszeiten – nicht nur der täglichen, sondern auch der Lebensarbeitszeit. Bestrebungen, einerseits Menschen mit 55 in den Vorruhestand zu schicken, andererseits das Renteneintrittsalter in Richtung 70 verschieben zu wollen, sind unsin-



nig. Kreativere und menschlichere Regelungen würden den Arbeitsmarkt entspannen: Zeit für Kindererziehung und Bildung, Sabbatjahre etc. Darüber wird auch in der Gewerkschaft viel diskutiert. Aber schon der Umgang mit Arbeitszeitkonten – der Tarifausschluss 2005 bietet die Möglichkeit – scheitert an konkreten Festlegungen. Nicht verbindlich geregelt sind beispielsweise Zugriffsrechte für Arbeitnehmer, Ausgleichszeiträume, Zeiterfassung und -dokumentation, Insolvenzsicherung von Guthaben und ihre Verzinsung und andere Fragen. Hier müssen Betriebsräte durch ver.di beraten werden, um zu vernünftigen Betriebsvereinbarungen zu kommen.

Texte: Bettina Erdmann

Fotos: transit/Gabi Senft (1), Christian von Polentz



Die Heiterkeit des Hasen im Klee

Zum Tod von Norbert Adrian: „Erwartet nichts von mir, lasst Euch überraschen“



In sicherer Entfernung hinter ihm liegend, sah ich ihn vor mir, 1968 auf dem Kurfürstendamm. Norbert Adrian, das Holzkreuz den Wasserwerfern der Polizei entgegen haltend. Das Foto, Symbol gegen die staatliche Gewalt, ging um die Welt.

Jetzt ist er am 31. August mit 82 Jahren, nach seinem Lieblingsessen, grüne Bohnen mit Birnen und Speck, im Haus seiner Lebensgefährtin gestorben.

„Solche gibt's heute keine mehr“, schrieb Felix Huby als Geburtstagsgruß des Berliner Schriftstellerverbandes zu seinem 80. Geburtstag. „Erwartet nichts von mir, lasst Euch überraschen“, war der Grundsatz seines Lebens.

Vor mir liegt ein Foto von ihm in einem Clownskostüm und ein anderes Foto, das ihn 1961 mit Willy Brandt im Wahlkampf zeigt. Wie ich weiß, war er damals Wahl-

kampfleiter und hat viele Reden für ihn geschrieben. Meine erste Begegnung mit ihm fand in den Räumen des SDS statt (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), dessen Vorsitzender er einige Zeit war. Damals gab es zwei Fraktionen im SDS, die eine war für die Trennung von der SPD und für Gewalt, die andere war gegen Gewalt. Norbert Adrian, der im zweiten Weltkrieg noch Soldat war, hatte Gewalt erlebt und sprach sich dagegen aus. Sein Motto: „Gewalt provoziert Gewalt“. Später waren wir gemeinsam im Vorstand des Berliner Schriftstellerverbandes. Mit seiner Eloquenz und seinen leidenschaftlichen, pathetischen Reden brachte er häufig etwas Farbe in die strenge Tagesordnung unserer Sitzungen.

Ein anderes Foto zeigt ihn als Moderator der Tischgesellschaft im Literaturhaus. Adrian als Zeremonienmeister und Mundschenk. Ach ja, und nicht zu vergessen, Rust am Neusiedler See, eine Tagung des ORF für Autoren. Der Saal, in dem wir uns trafen, Kolle-

gen aus vielen Ländern, lag direkt über der Weinakademie, der Blauburgunder stand vor uns auf den Tischen.

Und, und, und – die Hörspieltage im Literarischen Colloquium, der Deutsch-Polnische Poetendampfer

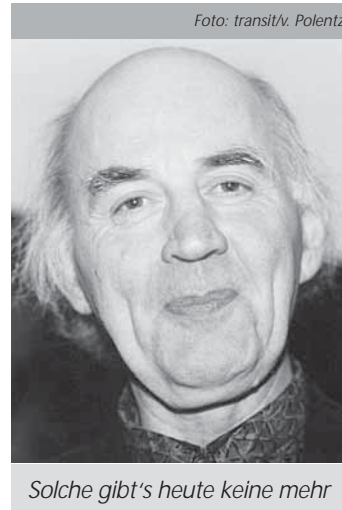


Foto: transit/v. Polentz

Solche gibt's heute keine mehr

auf der Oder. Mein lieber Freund Norbert schaffte es immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort, sich seinen Vorstellungen entspre-

chend erfolgreich darzustellen. Wie sagtest Du einmal zu uns: „Das Sterben ist die letzte Geburt.“

In ihrer Rede zu seiner Beerdigung schreibt seine Tochter Babette: „Ich sitze hier und gucke um mich wie ein Hase im Klee“, sagtest Du noch vor einiger Zeit ganz heiter zu mir. Die Heiterkeit des Hasen im Klee ist die gleiche, die Dich Zauberzimmer schaffen ließ in Deinem Zuhause, ein Zuhause, in das ich zurückkehrte, wie immer aus der Ferne, zurück in das unberührte Nest Deiner täglichen Rituale und den vielfältigen Spuren Deines gedanklichen Universums. Büsten vom lächelnden Voltaire neben Buddha, Goethe und Anubis.

Ein immer wechselndes Spiel von schönen bunten Dingen, die herumgerückt wurden, je nach Laune, die auch Deine Seelenwandlungen und den Wechsel Deiner philosophisch-religiösen Gedankenwelt widerspiegeln, – aber immer wie ein Kind fasziniert vom Schillernden, wo kein Kitsch existiert. **Hans Häubler**

Auf der Suche nach Vernunft und Schönheit

Der VS Brandenburg gratuliert Hermann Otto-Lauterbach zum 80. Geburtstag am 11. November

Hüben wie drüben ist er in Schwierigkeiten geraten, hat einmal gar über ein Vierteljahr lang den Himmel hinter eisernen Gittern sehen müssen, weil er den Mächtigen als Hochverräter und Staatsgefährder galt: Da erwartete man einen kantigen Menschen. Stattdessen begegnen wir jemandem, der noch in seinem achten Lebensjahrzehnt Liebeslyrik schreibt. Freilich, ein Gefährder unbedarften Daseins, auch des eigenen, ist er als Redakteur, Studierender, Dozent, Übersetzer, Lyriker, Film- und Romanautor stets gewesen.

Vor zwanzig Jahren gefragt, was ihn dazu bewege, hat er mit einem Zwinkern geantwortet: „Sechzig Jahre musste ich werden, um den Kern meiner Person zu entdecken. Geboren mit einem kurzsichtigen rechten und einem weitsichtigen linken Auge, blieb ich dazu ver-

dammt, Nahes stärker zu empfinden, Fernes deutlicher zu erkennen. Das war die Unrast, die mich vorantrieb.“

Heute verweist er zudem gern auf ein Glaubensbekenntnis Bernhard Kellermanns, das fraglos auch ein Wahlspruch gewerkschaftlicher Tätigkeit sein könnte: „Was der Schriftsteller und Dichter von einem Staatswesen, dem er Interesse entgegenbringen kann, zu fordern das Recht hat, lässt sich in drei Worten ausdrücken: Freiheit, Würdigung und Interessenschutz. Dies sind seine selbstverständlichen Forderungen. Lässt der Staat sie unbeachtet, so wird der Schriftsteller diesem Staat seine Zuneigung versagen, und dies umso entschiedener und vollständiger, als er seinem Wesen nach in Wahrheit staatsfeindlich, staatenlos und international ist und sein

Vaterland, das Land der Vernunft und der Schönheit, weder Grenzpfähle noch Flaggen kennt.“ Man sagt so leichthin, frei könne nur sein, wer ohne Illusionen lebe.

Ich bezweifle, dass uns das möglich, dass es überhaupt erstrebenswert ist, und in solchem Sinne war Hermann Otto-Lauterbach wohl nie ein freier Mensch. Die Sehnsucht nach dem Land der Vernunft und der Schönheit treibt ihn hoffend um. Nun gut, wenn einer schöpferisch und kraftvoll achtzig Jahre alt wird, ist es leicht, schöne Worte zu finden. Zumal dann, wenn man seine klugen historischen Romane gelesen und dabei erkannt hat, dass es tatsächlich möglich ist, aus der Geschichte Lehren zu ziehen. Wenn man den Jubilar bei seiner Tätigkeit für eines seiner zahlreichen Ehrenämter kennen

und schätzen lernte oder zu jenen Kolleginnen und Kollegen gehört, deren literarischer und alltäglicher Existenz er still vermittelnd hilfreich war, als der Wind der Zeit uns den Hut vom Kopfe wehte. Da wäre wahrhaftig eine lange, wohlklingende Laudatio zu schreiben, doch sei gestanden, dass ich zuerst ein anderes Bild sehe, wenn ich an ihn denke: Hermann, schon hoch in den Siebzigern, kommt mit dem Fahrrad von Babelsberg nach Kleinmachnow gefahren, um seinen Beitrag für die Zeitschrift des Literatur-Kollegiums termingerecht abzuliefern. Wer mit Schriftstellern zu tun hat, wird wissen, weshalb mir dieses Erlebnis unvergesslich wurde. Das Leben, lieber Hermann, möge Dir weiterhin erlauben, dass da kein Zwiespalt ist zwischen Anspruch und Haltung! **Werner Lange**



FACHGRUPPE
BILDENDE
KUNST

Keine Kunst ohne Moral

Zum 70. Geburtstag der Malerin Heidrun Hegewald

Ein Mensch, eine Frau, eine Künstlerin, Heidrun Hegewald wird 70. Eine Leben für die Kunst? Ein Leben für die Menschen. Vermittelt durch/über Kunst. Starke Emotionalität bestimmt ihre Arbeiten ebenso wie analytischer Verstand; beides verlangt sie auch ihren Betrachtern ab. Da gibt es keine Gleichgültigkeit: Entweder man lässt sich, zustimmend, zum Nachdenken provoziert, darauf ein, oder man lehnt sie ab. Da ist nichts einfach schön, gar gefällig – die Auseinandersetzung mit den Gefahren der Menschheit ist Heidrun Hegewalds Schaffensgrund. Aus weiblicher Sicht, weshalb Frauen und Kinder immer wieder Bildanlässe sind.

Die Situation in der DDR hat sie, wie auch manche Literaten, dazu gebracht, Gegenwartsprobleme über antike Mythen als Menschheitsprobleme zu begreifen und darzustellen. „Eine metaphernschlaue Umgebungssprache eröffnete Spielräume für Phantasie und Denken, ohne das Delikt benennen



Foto: transit/v. Polentz

Die Malerin zur Vernissage einer Geburtstagsausstellung, die Anfang Oktober in der Lichtenberger Weitlingstraße 89 eröffnet wurde.

zu müssen“, sagt Hegewald. Dass sie sich vehement für einen weit gedachten Realismus in der Malerei einsetzte, hat ihr Feindschaften

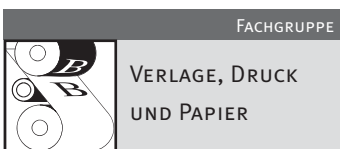
eingetragen, die ihr das Leben nicht eben erleichterten. Sie ist bei ihrer Auffassung geblieben – und kann sich bestätigt fühlen. Die

„reine“ Kunst – ohne Moral – ist ihre Sache nicht. Wer „Spielendes Kind“ (1974), „Mutter-Verdienst-Kreuz in Holz“ (1979), „Entropie, Sisyphos im Schoß“ (1988/89) oder „Falle der Einsam-

Gedanken und Gefühle
bestätigt

keit“ (1995) gesehen hat, wird diese Bilder nicht vergessen. Die Menschen strömten in ihre Ausstellungen, weil sie ihre existenziellen Nöte, die offiziell gelehnet oder beschönigt wurden, auf eine Weise ausgedrückt sahen, die ihre Gedanken und Gefühle bestätigten.

Die gesellschaftlichen Bedingungen haben sich geändert – die Menschheitsbedrohungen sind geblieben. Ich wünsche Heidrun Hegewald genügend Kraft, um sie weiterhin künstlerisch erfahrbar zu machen. **Charlotte Worgitzky**



FACHGRUPPE
VERLAGE, DRUCK
UND PAPIER

Nie zu alt für die Gewerkschaft!

Fragen an Peter Schrott, Vorsitzender des Seniorenausschusses Berlin

Mehr Geld bei Amcor Rentsch

Am 12. September 2006 wurde zwischen der ver.di-Tarifkommission und der Geschäftsführung der Amcor Rentsch Deutschland GmbH Berlin ein neuer Haustarifvertrag abgeschlossen. Damit wurden die Entgelte für die Mitarbeiter rückwirkend zum 1. September um 2,09 % erhöht. Diese Tariferhöhung gilt für alle 75 Beschäftigten, einschließlich der Auszubildenden der deutschen Tochter des australischen Konzerns Amcor, dessen europäische Zentrale in Lausanne in der Schweiz sitzt. Das Unternehmen ist einer der größten Zigarettenfaltschachtelproduzenten in Deutschland. Der jetzt ausgehandelte Tarifvertrag läuft zwölf Monate und kann erstmals zum 31. August 2007 gekündigt werden.

ver.di wählt seine Vorstände, vor kurzem wurden auch die Seniorenausschüsse gewählt. Du bist in unserem Berliner Fachbereich der neue Vorsitzende. Welche Aufgaben stellen sich die Ausschüsse?

Peter Schrott: Allgemein gesagt, vertreten sie die speziellen Interessen der älteren Mitglieder, die aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind. Wichtig ist dabei, den in die Rente Wechselnden zu vermitteln, dass ihre Gewerkschaft weiterhin für sie da ist. Wir müssen uns bemühen, ihre Verbindung zur Organisation nicht abreißen zu lassen. Das ist gerade für den Fachbereichsausschuss der Seniorinnen und Senioren wichtig.

Soeben erschien mit dem Titel „dabei.sein“ das erste ver.di-Magazin, das sich an die Mitglieder „55plus“ wendet. Ist die Wertschätzung der Senioren auf Grund ihrer Aktivität gewachsen?

Wie hoch ist in unserem Fachbereich der Anteil Älterer?

Peter Schrott: Ich zähle noch nicht lange zu den Senioren, glaube aber, dass sich im vergangenen Jahrzehnt ein Wandel zu mehr Anerkennung vollzogen hat. Im Fachbereich zählt etwa jeder fünfte zur älteren Generation, aber die Aktivität dieser Mitglieder ist überall unverzichtbar. Das spiegelt sich wider beim Solibasar, am 1. Mai, bei der Solidarität mit Streikenden, bei Demos gegen Nazis oder für soziale Verbesserungen. Da der ver.di-Bezirk Berlin mit zu Demonstration und Kundgebung am 21. Oktober 2006 aufruft, gehe ich davon aus, dass unsere SeniorInnen zum Auftakt um 11.00 Uhr am Roten Rathaus stark vertreten sein werden, um dann zum DGB am Brandenburger Tor zu demonstrieren.

Auf welche Themen beziehen sich die Anträge, die auf den

Wahlveranstaltungen gestellt wurden?

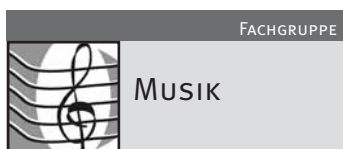
Peter Schrott: Vor allem auf sechs Gebiete: den Kampf gegen die rechte Gefahr; die politische Auseinandersetzung mit der Gesundheitsreform; auch wollen die Senioren keine Rente erst mit 67 sowie keine weitere Nullrunde. Angestrebt wird eine bessere Zusammenarbeit mit den Fachbereichen; ganz wichtig ist die Betreuung von Mitgliedern beim Übergang vom Arbeitsleben (oder Arbeitslosenleben) in die aktive Seniorenzeit. Außerdem geht es um Satzungsänderungen, die eine Gleichbehandlung von Senioren in Fachbereichen und Regionen herstellen sollen.

Als Vorsitzender setze ich mich im übrigen dafür ein, dass in unserem Fachbereich die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Seniorengruppen enger wird.

Fragen:
Annemarie Görne

Bewegung, noch keine Bestätigung

Gespräch mit Innensenator brachte Teilerfolg in der Honorarfrage



Die Aktionen der ver.di-Fachgruppe Musik waren erfolgreich: Nach dem Bildungssenator hat sich der Innensenator dem Vernehmen nach nun ebenfalls unserer Auffassung angeschlossen und unterstützt das von uns geforderte und vom Bildungssenator mitgetragene Verfahren: Senatsbeschluss mit erhöhtem Honorar und automatischer Anpassung an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst (Dynamisierung)

Am 11. August gab es ein rund zweistündiges persönliches Gespräch mit Innensenator Körting, in dem noch einmal die Positionen der Fachgruppe Musik bezüglich der Honorarreglung und des Tarifvertrages erläutert und diskutiert wurden. An den Tarifvertrag wollte der Senator nicht

**Die Entscheidung
ist überfällig**

so richtig ran, in der Frage der fälligen Honorarerhöhung gab es eine prinzipielle Zustimmung, in der Verfahrensfrage (Senatsbeschluss) gab es Bewegung. Allerdings hätte dies noch vor der Wahl offiziell

Foto: FB

Die Berliner Musikschulen:

G.P.

WEG MIT DER „BANDBREITE“!

Eine Viertelstunde Ruhe: Mit einer „Generalpause“ protestierten die Lehrerinnen und Lehrer von zwölf Berliner Musikschulen am 6. September gegen die Verschleppungstaktik des Berliner Senats bei der Regelung von Honoraren und sozialen Bedingungen für die Honorarkräfte. Zwischen 15 und 15.15 Uhr legten sie eine Pause im Unterricht ein. „Seit über einem Jahr weigert sich der Senat, die Honorare in Ordnung zu bringen und eine soziale Mindestsicherung der unfreiwillig ‚freien‘ Mitarbeiter herbeizuführen“, erklärte die ver.di-Fachgruppe Musik zu der ungewöhnlichen Aktion.

bestätigt werden sollen. Dies ist trotz Nachfrage bis Redaktionschluss nicht geschehen.

Der Finanzsenator hingegen hat sich noch nicht positioniert. Man will vielleicht nicht mehr vor der für Oktober erwarteten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Berliner Haushalt kostenrelevante Entscheidungen treffen. Der Finanzsenator dürfte eigentlich keine Einwände mehr haben, wenn der Innensenator einverstanden ist und für ihn kei-

ne Mehrkosten entstehen. Leider haben wir keine Garantie, dass nach der Wahl ein vielleicht anderer Bildungssenator, ein vielleicht anderer Innensenator zu Ende bringen werden, was jetzt erreicht ist.

Die Verschleppung ist politisch unnötig, unseriös und gegenüber den Lehrkräften unverantwortlich. Wir erwarten vom amtierenden Senat die längst überfällige Entscheidung.

Stefan Gretschn

Musikalische Bildung für alle Schüler

Forderung nach zusätzlichen Mitteln für Kooperation

In einer Resolution fordert der Musikschulbeirat Berlin (MSB) das Land Berlin und den Senat auf, die für die Kooperation der Musikschulen mit den allgemeinbildenden Schulen notwendigen finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.

„Für die Musikschulen leitet sich aus dem Berliner Schulgesetz und der daraus folgenden Umgestaltung des Bildungswesens in Berlin die Aufgabe ab, zusätzlich zu ihrem bisherigen Bildungs- und Kulturauftrag die Kooperation mit den allgemeinbildenden

Schulen zu entwickeln und spezifische Musikschulangebote in die Schulen einzubinden.

**Voraussetzungen
fehlen noch**

Dieser Kooperationsauftrag ist im Interesse des chancengleichen Zugangs zu musikalischer Bildung. Musikalische Bildung muss selbstverständlicher Teil der schulischen Bildung sein.“

In der Resolution werden –

auch mit Blick auf den jüngsten Bericht über die Erprobung der Rahmenregelungen – die derzeitigen Rahmenbedingungen als „außerordentlich schwierig“ bezeichnet. Insbesondere fehlten zusätzliche Mittel für Personal, Verwaltungsmehraufwand, kostengünstige bzw. kostenfreie Angebote in sozialen Brennpunktgebieten. Die Resolution wurde von nahezu allen relevanten Organisationen und Gewerkschaften mitgezeichnet. Der Text steht unter www.fg-musik.de zur Verfügung.

StG

MELDUNGEN

KEIN ALTES EISEN

Nach 31 Jahren Dienstzeit geht Monika Brendel in Ruhestand. Sie war langjährige Leiterin der Musikschule Charlottenburg, pausierte im Zuge der Bezirksfusion zwei Jahre und leitete dann die Musikschule Charlottenburg-Wilmersdorf. Am 23. September hat sie sich nun von Ihren Mitstreiter/innen verabschiedet. Ihr eigener Rückblick auf 31 Jahre Musikschulleitung war in gewohnter Weise originell, humorvoll und selbstverständlich nicht ohne Blick auf die Zukunft, verbunden mit eindringlichen Appellen. Dabei wurde jedem klar: Zum alten Eisen gehört sie sicht- und hörbar noch lange nicht, in der Berliner Musikschullandschaft entsteht jedoch durch den Weggang der engagierten und äußerst streitbaren Kollegin eine Lücke. Wir wünschen für den neuen Lebensabschnitt vor allem Gesundheit und weiterhin viel Energie.

Stefan Gretschn

NEUE BROSCHÜRE ZUR KOOPERATION

Die Bundesfachgruppe Musik gibt eine neue Broschüre mit dem Titel „Musikschule im Wandel“ heraus. Am Beispiel des neuen Schulgesetzes in NRW wird das Thema Kooperation mit der allgemeinbildenden Schule umfangreich beleuchtet. Der Erscheinungstermin ist für den Herbst angesetzt.

ARBEITNEHMERÄHNLICH

Wer ist arbeitnehmerähnlich? Wer als Honorarkraft bei einem Arbeitgeber (Land Berlin) mehr als die Hälfte seiner Gesamtarbeitszeit arbeitet ODER mehr als die Hälfte seines Gesamteinkommens verdient. Gilt die Mindeststundenzahl 16? Nein. Zählt das Familieneinkommen mit? Nein! Ausführliche Erläuterungen: www.fg-musik.de



Wirklich heiße Eisen wurden eher nicht angefasst

Kulturpolitische Expertenrunde debattierte mit Mitgliedern der Fachgruppe Theater und Bühnen zur kulturellen Defensive

„Politiker zum Anfassen“, so wie das mit der Einladung zur Diskussionsrunde „Kunst und Kultur – gestern, heute morgen“ am 4. September von den Mitgliedern der Fachgruppe Theater, Bühnen, kulturelle Einrichtungen und Darstellende Kunst gewünscht worden war, bekamen die Teilnehmer reichlich.

Tatsächlich sprachen Kultursekretar Thomas Flierl (Linke/PDS) und alle kulturpolitischen Sprecher der Abgeordnetenhausfraktionen – Alice Ströver (Bündnis 90/Grüne), Brigitte Lange (SPD), Sibylle Meister (FDP), Uwe Leh-

mann-Brauns (CDU) und Wolfgang Brauer (Linke) – zu den rund 70 Interessierten in der ver.di-Bundeszentrale. Allerdings geriet das Zusammentreffen kurz vor den Berliner Wahlen zu dem, was zu vermuten stand: Wahlkampf pur. Moderatorin und zuständige ver.di-Sekretärin Sabine Schöneburg hatte drei Themenkomplexe für Statements und Debatte vorgegeben: Den Erhalt und das Funktionieren des „Kulturkombinats“ Opernstiftung; die hauptstädtische Theaterlandschaft unter zunehmender Ausbreitung von Musical-Konzern-Produktionen; das Schicksal der großen Sprechbühnen Berliner Ensemble und Schaubühne angesichts des „Theaters“ um knapper werdende Zuwendungen.

Kein Kommentar zur Verwaltung des Mangels

Zum ersten Komplex waren sich alle Kulturpolitiker einig, die Stiftung erhalten zu wollen und ihr Funktionieren trotz geringer werdenden Etats zu sichern. Kultursekretar Flierl hielt sich eine „Konsolidierung“ der Stiftung zugute. Wie die anderen Sprecher auch, begrüßte er die Etablierung des gemeinsamen Bühnenservice, der nun in gangbare Wege geleitet sei. Gerüchte, dass künftig in Verwaltung des Mangels eine weitere Diversifizierung der drei Opernhäuser unumgänglich sei und perspektivisch mit der Profilierung eines Hauses für die Klassik, eines für die Moderne sowie eines „Festspielhauses“ zu rech-

nen sei, wollte niemand so recht kommentieren. Die Deutsche Orchestervereinigung e.V. hat mittlerweile Öl ins Kritik-Feuer gegossen und wirft dem Land Berlin „schwere Versäumnisse im Umgang“ mit der Opernstiftung vor. Man befürchte nach der Abgeordnetenhauswahl „erhebliche Einschnitte in die Organisations- und Personalstrukturen der drei Opernhäuser bis hin zu Entlassungen“. Bei der Runde in der ver.di-Bundeszentrale wurden solche heißen Eisen nicht angefasst. Auch nicht, als aus dem Publikum beispielsweise Konzept und Spielplan der Deutschen Oper auf den Prüfstand gerufen wurden, die den Anforderungen nicht genügen würden. Einhellig, aber auch eher allgemein blieb das Bekenntnis der Gäste zum Ensembletheater, das seinen Platz trotz Musical-Boom behaupten solle. Große Musicals spielten Geld ein, sollten die Stadt

aber nicht überschwemmen. Und nicht zu Lasten traditioneller Häuser, wie etwa der Kuddamm-Bühnen gehen, ergänzte Uwe Lehmann-Brauns. Zur Tarifsituation an BE und Schaubühne wurden ebenfalls Fragen aus dem Publikum gestellt.

In der anschließenden Mitgliederversammlung der Fachgruppe

finanzierbar“ sei. Ein-Euro-Jobber brächten keine Lösung. Es müsse künftig durch ver.di „eine deutliche Verbesserung und Veränderung der künstlerischen Tarifverträge“ erreicht werden. Sie seien „Voraussetzung für Bestand, Qualität und Sicherung der Theaterlandschaft“. Grunow ging – beispielhaft für die Aktivitäten der Fachgruppe in der vergangenen Wahlperiode – auf die Erhaltung des Kinder- und Jugendtheaters an der Parkaue (Carrousel-Theater) und auf die Gründungen der Stiftung Oper in Berlin und der Kulturstiftung in Cottbus ein.

Kunst und Kultur in der Defensive

10 gab Vorsitzender Klaus Grunow den Geschäftsbericht über die vergangene Wahlperiode. „Kultur in Berlin und Brandenburg befinden sich in der Defensive“, stellte er darin fest. In Zeiten hoher Verschuldung und allgemeiner Mittelknappheit hätten Finanzpolitiker und Haushälter das Sagen. Wahr bleibe aber, dass der Arbeitsplatz Kultur generell „ohne öffentliche Förderung nicht

Bei den Stiftungen hatte sich ver.di jeweils für Übergangsbedingungen und Widerspruchsrechte für die Beschäftigten stark gemacht. Im Falle der Opernstiftung gehen die juristischen Nachwehen bis zum Bundesarbeitsgericht. Die Mitgliederversammlung wählte einen neuen Vorstand, dem 16 Kolleginnen und Kollegen angehören. **neh**

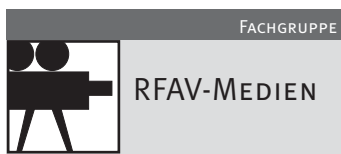


Nicht ganz vollzählig, doch dafür in schöner Umgebung, zur Eröffnung des neuen Hans-Otto-Theaters in Potsdam, präsentierte sich der neu gewählte geschäftsführende Landesfachgruppenvorstand Theater und Bühnen mit Fachgruppensekretärin Sabine Schöneburg (2. v. r.). Dem Gremium gehören an: Klaus Grunow (Stiftung Oper in Berlin, l.), Roswitha Weber (Theater an der Parkaue, 2.v.l.) und Wolfgang Girnus (freier Kulturberater, r.). Zum Fototermin leider nicht dabei waren Adriana Kolb (Stage Theater am Potsdamer Platz) und Maxi Pincus-Pamperin (MOL Kultur GmbH).

Foto: transit/v. Polentz

Kein Ende für die Schurkensoap

Neues Leben in die Nalepa-Funkhaus-Gemäuer – offizielle Übernahme verzögert sich



FACHGRUPPE

RFAV-MEDIEN

Die offizielle Übernahme der denkmalgeschützten Produktions- und Sendekomplexe des ehemaligen DDR-Rundfunks in der Berliner Nalepastraße in den Besitz einer niederländischen Investorengruppe war, entgegen der ursprünglichen Planung, bis Anfang Oktober noch nicht erfolgt. Juristische Gründe, wurde uns gesagt, seien für die Verzögerung verantwortlich. Dies darf durchaus positiv gesehen werden.

Die dilettantische und zugleich kriminelle Art und Weise des seinerzeitigen überstürzten Verkaufs an den Immobilienspekulanten und Verleiher von Baumaschinen Thiele im sachsen-anhaltinischen Jessen hatte monatelang Schlag-

zeilen gemacht. Wie auch an dieser Stelle mehrmals berichtet, hatten sich im November 2005 hochdotierte Finanzbeamte und die Berliner Senatoren Sarrazin und Wolf zum Schaden der Steuerzahler über den Tisch ziehen lassen. Das darf sich allein schon im Interesse der wertvollen baulichen Substanz nicht wiederholen.

Jetzt ist professionelle Vorgehensweise angesagt! So verkorkst, verwinkelt und vertuschend wie die Machenschaften der Thiele-Kumpanei eben waren, muss nun doppelt genau hingesehen werden. In Jessen geschieht dies durch die Staatsanwaltschaft – unter anderem, um rund 400 Tausend Euro von der Öffentlichen Hand verauslagte Betriebskosten für den Thiele-„Besitz“ in der Nalepastraße einzutreiben. Dort kann man indessen nicht einmal eine Rechnung von 500

Euro bezahlen. Ein Viertel davon wäre bestenfalls möglich, sagt man dem Gerichtsvollzieher und wimmert um Ratenzahlung. Die Folge: Haftbefehl, um die Offenlegung der Vermögensverhältnisse der Bau und Praktik GmbH zu erzwingen. Haftbefehl gegen Maschinenverleiher Thiele? Na-

Heraus aus den
negativen Schlagzeilen

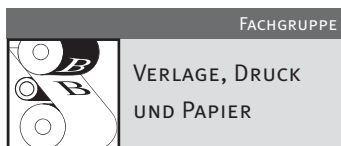
türlich nicht, weil der für seine spekulative Bude längst einen alleinigen Gesellschafter und Geschäftsführer ins Rennen geschickt hat. Kuschner, sein Name, mit Vornamen Felix. Trotzdem aber nicht der Glückliche, wie man sich denken kann. „Wir machen keine Geschäfte, demzufolge keine Gewinne und haben ergo kein Vermögen“, soll er dem

Gerichtsvollzieher erklärt haben, wie die Nachrichtenagentur ddp zu berichten wusste.

Die Frage lautet, muss man über diese Schurkensoap, die sich wer weiß wie lange noch hinziehen wird, bis die Schuldigen endlich hinter Schloss und Riegel sitzen, weiter berichten? Eindeutig: Nein! Wie aber geht es in der Nalepastraße weiter? Kurz gesagt: Es tut sich was. Ordnung ist zu sehen und zu spüren.

„Unser Ziel ist, so schnell wie möglich wieder Leben in die Gemäuer zu bringen und das Haus aus den Negativschlagzeilen heraus zu bekommen.“ So die zuversichtlich stimmende Aussage des Geschäftsführers der neuen Verwaltungsfirma Ariel Properties GmbH, Lutz Beber. Mit den Mietern strebe man ein gutes Einvernehmen an und werde nach der Übernahme Gespräche mit ihnen führen. **Bernhard Kellner**

Vereinte Fachgruppe und ein neuer Vorstand



FACHGRUPPE

VERLAGE, DRUCK
UND PAPIER

Bei der Mitgliederversammlung der aus drei Landesfachgruppen vereinten neuen Landesfachgruppe Druck und Papier am 2. September in Berlin wurde ein neuer Vorstand gewählt. Ihm gehören an: Christian-Ulrich Behring (Verlag Der Tagesspiegel), Uwe Brandenburg (Springer-Druckhaus Spandau), Harald Grimm (Erich-Schmidt-Verlag), Maria-Luise Hübers (Bundesdruckerei), Andreas Meißner (Druckhaus Spandau), Karin Wagner (Märkische Allgemeine), Peter Wilke (Herlitz) und Kerstin Zillmer (Cornelsen-Verlag). Es wurde ein dreiköpfiger geschäftsführender Vorstand gebildet, dem Christian-Ulrich Behring, Andreas Meißner und Peter Wilke angehören. Das Foto entstand während der ersten Vor-

standssitzung am 25. September und zeigt Harald Grimm, Christian-Ulrich Behring, Kerstin Zillmer, Karin Wagner und Andreas Meißner (v.l.) im Gespräch. Im Mittelpunkt künftiger Arbeit sollen u. a. Mitgliedergewinnung – speziell unter dem Berufsnachwuchs – die Gewinnung zusätzlicher Vertrauensleute in den Betrieben und die Etablierung eines regelmäßigen Fachgruppen-Stammtisches stehen. **be**



Foto: transit/v. Polentz

Schon mitten in der Arbeit – Mitglieder des neuen Vorstands der FG Verlage, Druck und Papier. Viel Erfolg!



FACHGRUPPE

JOURNALISMUS

Am 19. August wählte die Mitgliederversammlung in der ver.di-Bundesverwaltung einen neuen Vorstand des dju-Landesbezirks. Er besteht aus insgesamt sechs Mitgliedern. In seinem Amt als dju-Landesvorsitzender bestätigt wurde Matthias Gottwald (Mitte), als Stellvertreterinnen fungieren Silke Leuckfeld (r.) und Renate Gensch (l.). Als BeisitzerInnen wurden Heidi Schirmmacher (2.v.r.), Susanne Stracke-Neumann (2.v.l.) und Sebastian Haupt (nicht im Bild) gewählt. Die Mitgliederversammlung wählte außerdem die Delegierten zur Bundesfachgruppenkonferenz und zur Landesbezirksfachbereichskonferenz, nominierte Kandidaten für den Bundesfachgruppen- und den Landesfachbereichsvorstand sowie



Foto: transit/v. Polentz

Glückwunsch und erfolgreiche Arbeit dem neuen Vorstand der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union!

die Mitglieder der Tarifkommission Redakteure an Zeitungen und Zeitschriften. **ucb**

SELBSTSTÄNDIGE IN VER.DI

Selbstständigentag am 11. November 2006 in Berlin: Die Bundeskommission Selbstständige organisiert einen ganzen Tag lang Informationsveranstaltungen, Workshops und Vernetzungsgespräche, abends Partybuffet mit Musik. Programm und Anmeldung unter www.freie.verdi.de

JOURNALISMUS

Sprechstunden der IOJ: Am zweiten Dienstag jedes Monats von 13 bis 15 Uhr, Raum 4.12 ver.di-Neubau, Köpenicker Str. 30. www.ioj-journalisten-international.de

Journalistenstammtisch: Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im „cum laude“, Universitätsstr. 4, Ecke Dorotheenstr. (Mitte). Informationen: www.dju-berlinbb.de. Aufnahme in die Einladungsliste: Mail an info@dju-berlinbb.de

Bundeseinheitliche Presseausweise: Zur Annahme und Bearbeitung der Anträge 2007 sind ab 1. Oktober die Bürozeiten der Sachbearbeiterin verlängert worden. Gewerkschaftshaus Köpeni-

cker Str. 30, 10179 Berlin, Zi. 4.26, Mo. und Di. von 8.30 bis 16.00, Mi. von 8.30 bis 14.00 und Do. von 13.00 bis 19.00 Uhr.

RFAV MEDIEN

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bahnhof Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch und thematische Schwerpunkte, Rückfragen: Tel. 030/8 34 16 01, Evelin Gundlach und Guenter Messe, Tel. 030/56 82 48 40.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 alle drei Wochen im ver.di-Haus. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 030/88 66-54 12).

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jedenersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“ ab 19 Uhr, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz.

„Herz und Schmerz“: Die vom VS Berlin herausgegebene und im Jaron Verlag erschienene Anthologie „Herz und Schmerz“ Berliner Zehn-Minuten-Geschichten um die Liebe wird am Freitag, dem 27. Oktober 2006, ab 20.00 Uhr, in der Dorotheenstädtische Buchhandlung, Turmstr. 5, 10559 Berlin (Moabit), vorgestellt. Gäste sind herzlich willkommen.

„Ich will aufklären, will empfindlich machen“ – zum Todestag von Ingeborg Drewitz (1923-1986), vorgestellt von Hans Häußler, Prof. Dr. Dietger Pforte, Katharina Rothärmel und Jutta Rosenkranz am 14. Dezember, ab 19.30 Uhr, im Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23 (Kaminraum)

VERLAGE, DRUCK, PAPIER

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel.: 030/621 2450, E-Mail: ulla.pingel@gmx.de. Volker Prasuhn, Tel.: 030/859 27 52, E-Mail: v.prasuhn@gmx.de. Bernd Wagner, Tel.: 01 60/770 59 05 E-Mail: bewa2@gmx.de

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes eingeladen! Die Vorstände tagen am 20. Oktober und 17. November, jeweils um 9.30 Uhr, Köpenicker Str. 30. Tel. 030/88 66-54 02.

CONNEX.AV

Second-Tuesday-Stammtisch für freie und selbstständige Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien. Nächste Termine: 14. November und 12. Dezember. Infos: www.connex-av.de.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Okt. und Dez.) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

MEDIEN GALERIE

Vom 25. Oktober bis 20. Dezember läuft in der Medien Galerie unter dem Titel „Meine Zeit – Meine Sicht“ eine Ausstellung zum Gedenken an Louis Raulwolf (1929 – 2003). Zur Vernissage am 25. Oktober um 18 Uhr spricht Dr. Peter Klemm als Gast. Siehe: www.medien Galerie.org

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alter Krug“. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Mitgliederversammlung „Gefangen in der Preisspirale?“ am 15. November mit einem Experten der Zeitschrift „Finanztest“ (Senioren-echo beachten!)

Eisler-Kreis am 25. Oktober, 14 Uhr zur Nahostentwicklung im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30. Eingeladen ist ein Experte des Nahost-Forums der Rosa-Luxemburg-Stiftung (siehe Seniorenecho!)

Sprachrohr 6/o6

erscheint am 11.12.06

Redaktionsschluss am 13.11.06

Impressum

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

nehrlich@pressebuero-transit.de
Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Scheler, Weißdornweg 17, 16552 Schildow
Tel: 03 30 56/22 46 71,
Fax: 03 30 56/944 18
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

SEMINARE**„Leicht (neue) Kunden gewinnen“ – Ein Akquisitionstraining**

30. Oktober bis 1. November 2006 (von mittags bis mittags)

Inhalte: Persönliche Standort-Ziel-Analyse erstellen, individuelles Akquisitionskonzept entwickeln, Präsentations- und Gesprächsführungstechniken anwenden, Verhandlungs- und Argumentationsstrategien, Akquisitionsgespräche führen, Vereinbarungen treffen.
Zielgruppe: „AlleinunternehmerInnen“ mit praktischen Erfahrungen in professioneller selbstständiger Arbeit.

Seminarleitung: Barbara Frien
Kosten für Seminar, Unterkunft und Verpflegung: 300 Euro. ver.di-Mitglieder zahlen 120 Euro und erhalten einen Reisekostenzuschuss.

Veranstaltungsort u. Anmeldung: ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst, Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste, Telefon 0 52 32/9 83-0, Fax -4 62, E-Mail bst.lage-hoerste@verdi.de

„Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit“

Tagesseminar am 14. November 2006, 9.30 – 16.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 5.12

Inhalt: Das Seminar soll größere Sicherheit bei der Erschließung des Medienmarktes und der Vermarktung journalistischer Leistungen vermitteln. Es wendet sich vor allem an Journalisten, die den Einstieg in den Markt als Freie frisch vollzogen haben oder noch vollziehen wollen.

Tipps und Empfehlungen gibt es vor allem zu: Kontaktaufbau, Marktbeobachtungen und –erschließung, Honorare, Marktpreise, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Technik und neue Medien, Marktvorteile durch Gemeinschaftsgründungen.

Anmeldung: Tel.: 030/88 66 – 41 06, Mail: Andreas.Koehn@verdi.de, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin; Mitglieder zahlen 13 Euro, Nichtmitglieder 50 Euro

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße

Ort

Bemerkungen

ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Vielfalt, Zeitgeschichte und jüdische Lebenswelten

Jubiläum eines Unikats: Zehn Jahre Babel TV – jüdisches Fernsehen aus Berlin

Zugegeben, Zuschauer müssen schon ein wenig suchen: Auf dem Spreekanal, einem nur in Berlin zu empfangenden Kabelmischkanal, kommt sonntags und mittwochs BABEL TV, jüdisches Fernsehen in Berlin, wie die Sendung im Untertitel heißt. Der Name wurde in Anlehnung an die Babylonische Sprachverwirrung gewählt und trägt der Tatsache Rechnung, dass jüdisches Leben in der Hauptstadtregion viele Sprachen kennt und spricht.

Vor zehn Jahren wurde bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg die Lizenz für eine solches in der Bundesrepublik einmaliges Fernsehen erteilt. Seit September 1996 wird es regelmäßig für zweieinhalb Stunden pro Woche ausgestrahlt. Knapp 700 Sendungen sind so bisher an ein sehr gemischtes Publikum gelangt – beileibe nicht nur, wahrscheinlich nicht einmal mehrheitlich an hier lebende Juden, wie Chefredakteurin Roza Berger-Fiedler aus der Resonanz entnimmt. Die Zahl regelmäßiger Zuschauer wird auf 30000 bis 40000 geschätzt. Es geht in BABEL TV um vieles, was jüdisches Leben in Berlin und in Deutschland ausmacht, es geht um den Alltag, um Sitten und Gebräuche, um Identität und Kultur, um Geschichte und Geschichten, um Veranstaltungen jüdischer Organisationen und Vereine in Berlin, um Belange der Jüdischen Gemeinde, um Israel und die Weltpolitik, so wie sie sich in Berlin widerspiegelt. Mit der Botschaft des Staates Israel gibt es eine „langjährige, ständige und problemlose Zusammenarbeit“, wie Joel Lion, der dortige Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, bestätigt. Er bezeich-

net einen solchen Fernsehkanal als „wichtig für Deutschland“ und wünschte sich die Übertragung auch in andere Städte. Gern würde er zu stärkerer finanzieller Unterstützung aufrufen, denn „der Stoff ist gut, das Equipment könnte wohl noch besser sein“.

Viel Engagement und wenig Geld

Tatsächlich scheuen die Macher des jüdischen Fernsehens weder Engagement noch Zeit. Bei den Finanzmitteln sind der Babel Film und Video Agentur GbR mbh enge Grenzen gesetzt. Da man unabhängig von jeglichem Träger arbeitet, ist man auf Selbstvermarktung, Werbeeinnahmen und Spenden angewiesen. Die Chefredakteurin und ihr Mitgesellschafter Prof. Harry Hornig – beide ehemalige DEFA-Dokumentaristen – arbeiten auch mit ehrenamtlichen Helfern zusammen. Sie verstehen BABEL TV als „Alternativprogramm“ auch zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen, wo für Minderheiteninteressen wenig Sendeplatz eingeräumt ist. Als Programm-Highlights sieht Roza Berger-Fiedler die inzwischen vollständige Dokumentation der Jüdischen Kulturtage in Berlin. Bis 2003 waren Berichte „Draußen vor der Tür“ von den Repräsentantenversammlungen stark nachgefragt. Das gilt noch für die von Beginn an gesendete Reihe „Jüdisches im Gespräch mit Rabbiner...“, für die man die Rabbiner Stein und Ehrenberg gewinnen konnte: „Es ist ein Prinzip bei uns Juden, Schüler können den Rabbi alles fragen.

Auch ich als liberale Jüdin darf das“, erläutert die Chefredakteurin. Warum koscher? Wie steht das Judentum zu Homosexualität? Oder das Verhältnis von Nationalität und Staat Israel waren so schon Thema des „Gesprächs“.

Fragt man BABEL TV nach Plänen für die Zukunft, schwärmt Roza Berger-Fiedler von der Gründung einer jüdischen Medienakademie, ein Projekt ist bereits konzipiert. Ihr Schicksal schein allerdings gegenwärtig unter keinem guten Stern zu stehen, seit die Jüdische Gemeinde dem Förderverein Marc Chagall die Räume gekündigt hat.

Im Frühjahr 2006 wurde BABEL TV vom Vorstand der Gemeinde auch mitgeteilt, dass es „aus Gründen der Gleichbehandlung gegenüber allen Medienvertretern für Bild- und Tonaufnahmen in der Jüdischen Gemeinde zu Berlin“ ab sofort nötig sei, „für jede einzelne Veranstaltung“ eine schriftliche Drehgenehmigung

Irritationen mit der Gemeinde

einzuholen. Obwohl Roza Berger-Fiedler dem nachkommt, wurden solche Genehmigungen mehrfach mündlich abgelehnt. Selbst wenn es um Veranstaltungen von Kulturvereinen oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft geht, die lediglich die Räume der Gemeinde nutzen, konnte nicht gedreht werden. Zuletzt betraf das ein Solidaritätskonzert mit Israel am 11. September. Jahrelang, so die Fernsehmacherin, habe es klare Absprachen mit Vorständen gege-

ben, dass BABEL TV selbst in und vor der Tür der Repräsentantenversammlung, dem „Parlament“ der Jüdischen Gemeinde, filmen durfte. Teile des Gedrehten wurden für aktuelle Sendungen verwendet. Von 2003 an erlaubte man Babel TV im Sinne von „Glasnost“, die gesamten Sitzungen zu dokumentieren. Berger-Fiedler und ihr Team sahen das als sinnvolle Möglichkeit, mit Hilfe des Mediums Fernsehen zur „Arbeit der Jüdischen Gemeinde nach innen und außen beizutragen“.

Mit der Neubesetzung des Vorstandes Anfang 2006 wurde vieles anders. Die Beziehungen sind zusätzlich belastet, seit BABEL TV vom stellvertretenden Vorsitzenden der Gemeinde im Dezember 2005 vor Publikum als „brauner Kanal“ und „Nachfolger des Schwarzen Kanal“ bezeichnet wurde. Die Staatsanwaltschaft Berlin räumt ein, dass diese Beschimpfungen zwar als „ehrverletzende Äußerung“ anzusehen sein könnten, sieht sie ansonsten aber durch die Meinungsfreiheit gedeckt. BABEL TV könne sich allenfalls noch zivilrechtlich wehren. „Eigentlich will ich nur meine Arbeit machen“, versichert Roza Berger-Fiedler. Dass sie sich nach zehn Jahren engagierten Fernsehens ausgerechnet durch den Vorstand der Jüdischen Gemeinde derart eingeschränkt sieht, habe sie, die selbst Mitglied im dortigen Kulturausschuss ist, sich nicht träumen lassen. Mitunter brauche es eben einen langen Atem...

neh

Babel TV sendet sonntags 10 Uhr und 21.30 Uhr auf dem Spree-Mischkanal 10 des Berliner Kabelnetzes, eine Wiederholung wird mittwochs um 21.30 Uhr ausgestrahlt.